

Nach der Bundes- und Landespolitik müssen auch die Kommunen erkennen, wie wichtig eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist .

**Die kommunale Seniorenarbeit / Altenarbeit / Altenhilfe setzt sich aus unterschiedlichen gesetzlichen Aufträgen zusammen. Zum einen ist der im Sozialgesetzbuch Zwölf verankerte Altenhilfe-Paragraph (§ 71) im Neunten Kapitel „Hilfe in anderen Lebenslagen“ richtungsweisend.**

**Andererseits spielt der verfassungsrechtliche Auftrag der Kommune zur Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle**

Warum ????

Die Zahl der älteren und hilfebedürftigen Menschen steigt.

Der bereits bestehende Fachkräftemangel in nahezu allen Branchen wird sich durch die demografische Entwicklung weiter verstärken und vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich dramatische Folgen haben.

Folgende gesellschaftliche Trends verschärfen die Situation zusätzlich:

- ☒ Zunahme von Singlehaushalten
- ☒ Veränderte Familienkonstellationen
- ☒ Verstärkung der berufsbedingten Mobilität
- ☒ Erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren, die immer noch eine Hauptlast bei der Pflege und Unterstützung älterer Menschen haben.

Jetzt gibt es aber keine einheitliche Gruppe. Einerseits gibt es viele Ältere, die sich durch Wohlstand, Gesundheit, einen hohen Bildungsgrad und vielfältige soziale Kontakte auszeichnen.

Andererseits gibt es Ältere, deren Leben durch finanzielle, gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt ist.

**Deshalb braucht es für eine zukunftsorientierte Senioren(innen)politik auch individuelle Lösungen – auch in der Kommune .**

**Konzepte, Ziele und Lösungsideen sollten möglichst frühzeitig mit einer umfangreichen Datenbasis und vielen Akteuren erarbeitet werden.**

**Wichtige Themen, Ziele, Handlungsmöglichkeiten und Lösungsvorschläge für eine möglichst hohe Lebensqualität nicht nur für ältere Menschen sind..**

1. Frühzeitige Einbindung und Vernetzung (z. B. Seniorenbeirat, der älteren Menschen selbst, Verwaltung, Politik, Wohlfahrtsverbände, Gesundheitswesen, Wohnungsbau oder Verkehr).
2. Parteiübergreifend vorgehen, was zum Wohl Älterer durchsetzbar sein sollte
3. Die Lebenslagen, Perspektiven und Bedürfnisse älterer Menschen datenbasiert in den Mittelpunkt der Senioren(innen)politik zu stellen und diese aktiv in die Planung und Umsetzung einbeziehen.
4. Generationenübergreifende Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpolitik.
5. Bedürfnisse und Herausforderungen älterer Menschen berücksichtigen.
6. Ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen, um Maßnahmen und Projekte umsetzen zu können.
7. Eine klare und verständliche Kommunikation mit den älteren Menschen und der breiten Öffentlichkeit, um Transparenz, Akzeptanz und Unterstützung zu schaffen.
8. Eine regelmäßige Überprüfung und Evaluierung der Maßnahmen und Projekte, um den Erfolg zu messen und das Konzept der kommunalen Senioren(innen)politik bei Bedarf anzupassen und weiterzuentwickeln.